

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. März 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 41 Postulat Amrein Ruedi und Mit. über die Prüfung von Massnahmen zur Reduktion des Wilddruckes zum Schutze einer nachhaltigen Waldentwicklung / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 41 sowie die Anfrage A 74 von Guido Roos über die Umsetzung des Waldgesetzes im Kanton Luzern werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 41 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Ruedi Amrein beantragt teilweise Erheblicherklärung. Laura Spring, David Affentranger, Fabian Stadelmann und Simon Howald beantragen Ablehnung. Guido Roos ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Ruedi Amrein: Es mag etwas erstaunen, aber entgegen dem Antrag der Regierung beantrage ich die teilweise Erheblicherklärung meines Postulats, da ich von anderen Voraussetzungen ausgegangen bin. Bei Gesprächen mit Jägern und Jägerinnen wurde mir erklärt, dass die Rotwildjagd sehr zweitaufwendig ist. Es hat den Anschein gemacht, als ob sie zu wenig Zeit dazu hätten. Nun habe ich aber die Rückmeldung erhalten, dass die Jäger und Jägerinnen Zeit haben und bereit sind, sich diese auch zu nehmen. Deshalb kann ich mit gutem Gewissen auf den befristeten Einsatz von Berufsleuten verzichten. Ich möchte aber, dass die anderen Vorschläge aus meinem Postulat trotzdem geprüft werden: Die Aufwuchsprobleme sind unbestritten, nicht zuletzt im Bergwald des südlichen Kantonsteils. Im Rahmen der Jagdgesetzrevision haben wir darüber diskutiert, dass der Hirsch sehr schwierig zu jagen und allenfalls die Zusammenarbeit mehrerer Reviergesellschaften notwendig ist. Gemäss meinen Informationen ist in der Zwischenzeit keine solche Zusammenarbeit erfolgt. Die Jäger und Jägerinnen erheben zu Recht den Anspruch, dass sie die geforderten Abschussziele erreicht haben. Eine entsprechende Tabelle wurde in der Zeitung publiziert. Die Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) hat publik gemacht, dass der Rotwildbestand immer noch wächst. Der Bestand wächst regional konzentriert. Das Problem ist also nicht gelöst. Ich befürchte, dass der Wildfrass und das Bedrängen des Aufwuchses durch den steigenden Bestand nicht kleiner wird. Ich verstehe, wenn die Jäger und Jägerinnen finden, dass ich ihnen gegenüber zu wenig Respekt gezeigt habe, da sie schliesslich gute Arbeit leisten. Das ist so, und das bestreite ich nicht. Ich möchte aber den Aufwuchs verbessern. Deshalb habe ich den ersten Schritt getan und wäre froh, wenn die Jäger und Jägerinnen das auch tun könnten. Aus ihren Kreisen habe ich gehört, dass die Ideen eigentlich nicht schlecht sind. Im Jagdgesetz besteht in Bezug auf die Jagd des Rotwilds ein Problem. Ich bitte Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen. Ich habe

mich übrigens in Leserbriefen über die gute Arbeit der Jäger und Jägerinnen geäußert. Die anderen Forderungen aus meinem Postulat wie gemeinsame Jagden oder die Möglichkeit von Vergrämungen finde ich prüfenswert. Da die Interessengruppe bereits zusammengestellt ist, habe ich nicht nur eine Prüfung verlangt, sondern auch Vorschläge eingegeben, die geprüft werden sollten. Ich wäre froh, wenn Sie das auch würdigen.

Guido Roos: Ich lege meine Interessen als Jäger offen und spreche im Namen der Luzerner Jägerinnen und Jäger. Die Landwirtschaft und der Forst sind für uns Jägerinnen und Jäger seit langer Zeit wichtige Partner. Wir pflegen eine langjährige, gute und kooperative Zusammenarbeit. Aus den Antworten des Regierungsrates wird ersichtlich, dass wir bei der Umsetzung des Kantonalen Jagdgesetzes bedeutende Vollzugsdefizite haben. In den Luzerner Wäldern bestehen Tausende widerrechtliche nicht forstliche Kleinbauten. Im Waldgesetz ist geregelt, dass das Biken nur auf Waldstrassen, befestigten Waldwegen und markierten Pisten erlaubt ist. Das widerrechtliche Verhalten wird jedoch nur in ganz seltenen Ausnahmefällen geahndet. Gemäss Antwort des Regierungsrates ist dieses Vorgehen verhältnismässig. Wissen Sie, wie viele Fahrzeuge die Luzerner Polizei bei mobilen Geschwindigkeitskontrollen im Jahr 2021 gemessen hat? Es waren 1,9 Millionen Fahrzeuge. Mein Eindruck ist, dass im Kanton Luzern bei der Umsetzung des Strassenverkehrsgesetzes nicht die gleiche Verhältnismässigkeit angewandt wird wie beim Waldgesetz. Deshalb bin ich klar der Meinung, dass das Waldgesetz nicht umgesetzt wird. Welche Folgen hat das für die Natur, die Tiere und die Pflanzen? Es führt zu einem erhöhten Druck auf die Natur, die Tiere und die Pflanzen. Die Tiere werden aus ihren ursprünglichen Lebensräumen verdrängt, was zu höheren Konzentrationen von Tieren führt und leider auch zu einem verstärkten Wildverbiss. Aus Sicht der Jägerinnen und Jäger ist es jedoch sehr stossend, dass der Kanton Luzern sein Waldgesetz nicht korrekt umsetzt, aber parallel mittels Postulat weitere Massnahmen zu Ungunsten der Tiere einführen will. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat P 41 aus den genannten Gründen abzulehnen.

Laura Spring: Das Votum von Ruedi Amrein hat gezeigt, dass dieser Vorstoss bewegt. Gerade bei der Jägerschaft hat das Postulat auch emotionale Reaktionen ausgelöst. Der Ablehnungsantrag der Grünen Fraktion bezieht sich auf alle Forderungen des Postulats, insbesondere auf jene der Verbrämung. Grundsätzlich sind eine nachhaltige Waldentwicklung und das Wildmanagement ein Puzzle mit vielen verschiedenen Teilen. Die Regulierung ist sicher ein wichtiger Teil davon, aber damit es funktioniert, braucht es auch andere Massnahmen. Wir sehen den Bedarf und dass einige Verbesserungen notwendig sind, damit die Begrünung funktioniert und unser Wald nachhaltig genutzt werden kann. Es braucht mehr Luzerner Holz aus unseren Wäldern. Holz ist eine klimafreundliche Bausubstanz, die gefördert werden soll. Dazu ist die Erhaltung und Förderung der Biodiversität im Wald notwendig. Die Wildtiere mögen auch Alternativen wie Holunder oder Vogelbeeren, aber in unseren Wäldern gibt es diese Alternativen nicht. Wenn wir also die Biodiversität in unseren Wäldern erhöhen, haben wir auch weniger Probleme mit dem Wild. Zwischen Jagd und Forst wird häufig gestritten. Deshalb braucht es einen konstruktiven Dialog, um Lösungen zu formulieren. Entsprechende Workshops sind bereits geplant. Uns ist nicht klar, wie der konstruktive Dialog mit dem vorliegenden Postulat gefördert werden soll. Wir befürchten eher, dass damit konstruktive Lösungen gefährdet werden. Wir sind überzeugt, dass nur eine gemeinsam getragene Lösung auch wirksam umgesetzt werden kann. Mit Emotionen und Schuldzuweisungen erreicht man nichts, sondern man sollte sich an den Fakten und wissenschaftlichen Grundlagen orientieren. Nur so ist eine sachliche und ruhige Diskussion möglich. Den Wildtieren fehlen genügend Lebensräume und die natürlichen Gegenspieler. Deshalb braucht es die Jagd. Die klimaresistenten Pflanzen, die im Wald gefördert werden

sollten, sind anfälliger auf den Wildverbiss. Die Verbrämung würde dazu führen, dass das Wild aus dem Wald in die Landwirtschaft gescheucht wird. Das wiederum könnte den Wolf anziehen. Aber genau das wollen wir nicht. Allenfalls braucht es bei den Jagdgesellschaften bezüglich Abschuss der Rehgeissen und -kitze noch Sensibilisierungsarbeit. Es gibt verschiedene Meinungen, was die Regulierung angeht. Wir sehen die Herausforderungen und die verschiedenen Zielkonflikte und sind überzeugt, dass ein guter Dialog und eine Vielfalt von Lösungen und Massnahmen notwendig sind. Den laufenden Prozess unterstützen wir, aber das vorliegende Postulat ist zu einseitig formuliert. Die Grüne Fraktion beantragt die Ablehnung.

David Affentranger: Der Wald, so wunderbar er auch ist, führt häufig zu Unmut. Zu viele Anspruchsgruppen bewirtschaften und pflegen diesen wunderbaren Raum und suchen Erholung. Als Waldeigentümer ist mir auch die Problematik des Verbisses nur zu gut bekannt. Als Kind habe ich unzählige Stunden und Tage im Wald verbracht mit dem Schützen von Bäumen und Tannen mittels Einzelschutze. In der jüngeren Vergangenheit musste ich aber auch feststellen, dass die sehr stark zunehmende Zahl an erholungssuchenden Personen der natürlichen Verjüngung des Waldes nicht gerade zuträglich ist. Im Wald gibt es nicht nur eine Anspruchsgruppe, und die Auswirkungen sind vielseitig. Somit ist die Lösung des Problems sicher nicht bloss eine stärkere Bejagung des Wildes. Das ist auch der Grund, weshalb die Mitte-Fraktion das Postulat ablehnt. Aus unserer Sicht kann es nicht sein, dass eine Anspruchsgruppe allein auf dem politischen Weg eine für sie plausible Lösung herbeiführt. Wir sind überzeugt, dass, wenn die Waldeigentümer und Jäger zusammen an einen Tisch sitzen, sie eine Lösung finden werden, die für alle stimmt. Wir würden uns über eine gemeinsame Lösung freuen, über die wir abstimmen können. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Fabian Stadelmann: Ich lege meine Interessen als Präsident der Revierjagd Luzern offen. Durch Freizeitaktivitäten wird der Lebensraum von Hirsch, Gämse und Reh immer enger. Störungen im Einstandsgebiet durch Freizeitaktivitäten führen zu Energieverlust infolge Stress oder Flucht. Das kann im Winter, wenn das karge Nahrungsangebot die erhöhten Energieverluste nicht kompensieren kann, zum Teil bis zum Tod führen. Stress und Lebensraumeinschränkungen durch Störungen können zudem zu vermehrtem Verbiss in den Rückzugsgebieten führen. In den Einstandsgebieten gibt es inzwischen eine Vielzahl an Freizeitaktivitäten: Skitouren, Helikopterflüge, Gleitschirmflieger, Kletterer, Orientierungsläufer, Biker usw. Gerade das Schneeschuhlaufen und das Biken haben in den letzten Jahren einen regelrechten Boom erlebt, vor allem auf nicht befestigten Wegen. Dort müssen wir Gegensteuer geben. Wir haben einen Leitfaden für Biker erstellt, den man der Allgemeinheit besser zugänglich machen sollte. Gespräche mit Akteuren aus Tourismus, Sportorganisationen sowie mit Kantons- und Gemeinderäten werden bereits gesucht. Die Jägerinnen und Jäger helfen mit Überzeugungsarbeit zur Beruhigung dieser Lebensräume beizutragen. Wissen und Erfahrung werden zwischen der Jägerschaft und der Verwaltung ausgetauscht, und der gegenseitige Kontakt wird gepflegt. Nicht die Trophäenjagd, sondern gesunde und natürlich strukturierte Bestände stehen bei uns im Vordergrund. Die Jagdplanung wird fachlich begründet und nicht durch jagdpolitische Begehrlichkeiten beeinflusst. Die Jagd umfasst zielgerechte, handwerkliche, gesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Tätigkeiten. Dazu gehören die Überwachung dieser Wildtiere und die Kontrolle ihrer Gesundheit sowie sie zu pflegen und zu erhalten. Aber auch wildbiologische Fragen stehen bei uns im Vordergrund. Eine moderne Jagd ist die Hegejagd, das heisst eine massvolle und den Populationsgegebenheiten angepasste Jagd. Es sind nicht immer nur die Tiere Schuld an unseren Problemen. Wir benötigen keine Hilfe durch den Staat und vor allem

keine Berufsjäger. Wir werden weiterhin Öffentlichkeitsarbeit leisten. Wir sind bereit, die Anliegen an einem runden Tisch aufzunehmen, zu diskutieren, Lösungen zu erarbeiten und die Probleme entgegenzunehmen. Das soll aber auf Augenhöhe geschehen. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Simon Howald: Wir sind uns bestimmt weitgehend einig: Wir müssen den Klimawandel tatkräftig und mit den verschiedensten Massnahmen bekämpfen. Das bedingt auch ein nachhaltiges Waldmanagement. Die Problematik des Wilddrucks ist der Regierung bereits bekannt. Sie antizipiert diese Herausforderung mit der Massnahme KA-W7 des kantonalen Klima- und Energieberichts, die wie folgt lautet: «Erarbeitung der Strategie zur Senkung des Wildeinflusses auf den Wald». Wir begrüssen das Vorgehen der Regierung, konkrete Lösungsansätze mit den verschiedenen Interessengruppen inklusive der Umweltverbände in den nächsten Monaten mithilfe von Workshops auszuarbeiten und umzusetzen. Die Massnahmen sollen durchdacht und umweltverträglich sein. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass die jährlich festgelegte jagdliche Regulierung – die sogenannte Jagdstrecke – ausreicht. Dabei soll aber vermehrt sichergestellt werden, dass auch der geforderte Anteil weiblicher Tiere gejagt wird. Eine weitere wichtige Massnahme ist die Besucherlenkung, um Störungen durch den Menschen zu minimieren und den Lebensraum zu beruhigen. Dadurch wird der Energiebedarf der Wildtiere tiefer gehalten, und es gibt weniger Schäden am Schutzwald und an den Jungbäumen. Der Einsatz von biologischen Mitteln auf Geruchsbasis zur Vergrämung des Wildes finden wir nicht zielführend, da dadurch nur eine Verlagerung stattfindet. Das Rotwild würde in andere Gebiete ausweichen, unter anderem in den Landwirtschaftsbereich, was dort wieder zu Schäden führen würde. Übrigens: Abgesehen von den Jagdgesellschaften unterstützen auch der Wolf und der Luchs bei der Regulierung des Rotwilds. Schlussendlich stehen wir auch den waldbaulichen Massnahmen positiv gegenüber. Es sollten alternative Futterangebote wie zum Beispiel Vogelbeeren und Holunder für das Wild angepflanzt werden. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Fritz Gerber: Ich lege meine Interessen offen: Bis Ende Jahr war ich Grosswaldnutzer. Inzwischen habe ich diesen Wald an meinen Sohn verkauft. Zugleich war ich hauptberuflich als Bauer und im Wald tätig. Die Thematik ist mir also bekannt. Ruedi Amrein hat es richtig erkannt, wir haben tatsächlich ein Problem mit dem Jungwald. Die Verjüngung des Waldes ist jedes Jahr mehr gefährdet. Logischerweise ist das Wild dafür verantwortlich. Nebst dem Verbiss der Weisstannen, die man insbesondere in den höheren Lagen fördern möchte, stellen wir auch Fege- und Standschäden fest. Ursache ist der zu hohe Wildbestand. Ich gehe davon aus, dass nicht die Jäger für den zu hohen Wildbestand verantwortlich sind, sondern die unzähligen, sich immer ändernden Vorschriften. Obwohl sich die Jagdverwaltung Mühe gibt, werden die Abschussziele immer weniger gut erreicht. Ich zitiere aus den Jagdbetriebsvorschriften: «In Revieren der Bejagungszone A gilt zusätzlich zu 1.4.1., dass überjährige männliche Tiere erlegt werden dürfen, wenn die beiden Bedingungen 1 und 2 kumulativ erfüllt sind: Bedingung 1: Während der gesamten Rotwildjagdzeit muss die revierspezifische Streckenbilanz jederzeit mindestens folgende Anzahl überjährige weibliche Tiere mehr als überjährige männliche Tiere aufweisen: bis zum 2. erlegten überjährigen männlichen Tier: 1 überjähriges weibliches Tier, ab dem 3. bis zum 5. erlegten überjährigen männlichen Tier: 2 überjährige weibliche Tiere, ab dem 6. erlegten überjährigen männlichen Tier: 4 überjährige weibliche Tiere.» Stellen Sie sich diese Situation im Wald vor: Der Hirsch ist im Visier, aber darf er gemäss der zitierten Verordnung nun geschossen werden oder nicht? Wir benötigen nicht noch weitere Vorschriften, sondern wir müssen handeln. So hatte ich nach dem Sturm «Lothar» in meinem Wald, der sich auf einer Höhe von 1100 bis 1400 m ü. M. befindet, Schäden von knapp 20 Hektaren. Deshalb musste etwas Junges

gepflanzt werden. Wir müssen den Jägern weniger Vorschriften machen. Wir müssen zusammensitzen, aber wir benötigen keine Berufsjagd. Ruedi Amrein hat selbst erkannt, dass er etwas über das Ziel hinausgeschossen ist. Das Wild hat schon Platz im Wald, es ist einfach eine Frage der Menge. Wir müssen den Jägern die Freiheit geben und die Abschussziele massiv erhöhen. Wir sollten nicht einfach neue Vorschriften machen, sondern auf die Personen mit entsprechender Erfahrung hören, aber vor allem den Jägern und Forstwirten vertrauen.

Sara Muff: Der Wald ist Erholungsgebiet, er reinigt die Luft, er speichert CO₂ und schützt uns vor Naturgefahren. Diese Liste könnte noch erweitert werden. Der SP-Fraktion sind intakte Lebensräume wie der Wald mit all seinen Ökosystemleistungen ein grosses Anliegen. So wie ich gehört habe, sind wir uns einig, dass der Wald gelitten hat: durch Hitzesommer, Unwetter und leider auch aus vielen weiteren Gründen. Der Wald wird dadurch anfälliger für Schädlinge. Das Schalenwild – also Rotwild, Rehe und Gämsen – hatte ursprünglich andere Lebensräume. Aber durch die immer stärkere Nutzung durch uns Menschen wurden die Wildtiere verdrängt. Nicht nur die Wildtiere fühlen sich im Wald wohl, sondern auch Biker und Bikerinnen, Spaziergängerinnen und -gänger oder Pilzsammlerinnen und -sammler, um nur einige zu nennen. So wird das Wild immer tiefer in den Wald hineingedrängt, und an gewissen Punkten steigt die Dichte an. Das stresst die Tiere. Stress führt zu mehr Schäden. Es ist jetzt aber trivial, die Schuld nur den Wildtieren zuzuschieben und einen befristeten verstärkten Abschuss zu fordern. Zuerst die Wildtiere in den Wald zurückdrängen, indem wir ihren Lebensraum nutzen, dann die Achse, auf der sich das Wild bewegt und wo die Gene durchmischt werden, durch unsere Infrastrukturen wie Strassen zerschneiden und am Schluss auf das Wild zeigen und es Abschiessen wollen – diesen Weg erachten wir als falsch. Die geforderten Massnahmen gehen uns zu weit. Vielmehr müssen wir uns die Frage stellen, wieso diese Schäden passieren und was wir alle dagegen tun können. Es ist wichtig, dass der Vollzug der bestehenden Instrumente wie des Waldgesetzes funktioniert. Zudem müssen auch die Wildtierkorridore intakt sein. So können sich die Gene der Tiere vermischen. Diesbezüglich besteht gerade beim Luchs ein Problem. Die Menschen, die sich in ihrer Freizeit im Wald aufhalten, sollen das in den dafür vorgesehenen Zonen tun und diese nicht überschreiten. Die Biodiversität muss erhöht werden, etwa durch Holunder. Seitens der Lawa wurde bereits ein Projekt lanciert, das sich genau dieser Thematik widmet. Das wird auch von der Regierung so beschrieben. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Hanspeter Bucheli: Ich lege meine Interessen offen, ich bin Präsident einer Waldgenossenschaft und verrete die Interessen des Verbands Wald Luzern. Grundsätzlich müssen wir anerkennen, dass der Verbiss der Jungpflanzen im Wald durch das Wild in einigen Gebieten zu hoch ist. Es gibt auch dramatische Beispiele im Zusammenhang mit der Einwanderung des Hirsches. In einigen Waldparzellen ist die Naturverjüngung gar nicht mehr möglich. Das verlangt nach zusätzlichen Massnahmen. Die Regierung anerkennt dies und ist bereits an einer Prüfung. Zu den Berufsjägern: Die Gemüter der Jägerschaft sind so sehr erhitzt, dass eine sachliche Diskussion teilweise kaum mehr möglich ist. Ich kann Sie aber beruhigen: Gemäss Stellungnahme des Regierungsrates ist die Luzerner Revierjagd in keiner Art und Weise infrage gestellt. Die Regierung drückt sich diesbezüglich klar aus. Meiner Meinung nach hat die Jägerschaft überreagiert und dramatisiert die Situation. Ich möchte die Arbeit der Jäger nicht infrage stellen, aber ich sehe das halb so wild. Ein weiteres Argument ist die Anpassung des Waldes an unser verändertes Klima. Im Moment ist es tatsächlich so, dass die kleinen Weissstannen beziehungsweise ihre Knospen für die Rehe eine Delikatesse darstellen. Die Fichte ist anfällig auf den Borkenkäfer, und die jungen Laubbäume werden vom Schalenwild speziell gerne gefressen. Wie sollen wir so zukünftig den Wald verjüngen,

um uns an das zukünftige Klima anpassen zu können? Ich spreche aus der Praxis. Zum Teil spitzt sich die Situation dramatisch zu, und bei einigen Waldbesitzern macht sich die Frustration breit. Der Forst erwartet deshalb zusätzliche Massnahmen. Was senden wir für ein Signal aus, wenn wir das Postulat gegen den Willen der Regierung ablehnen? Wir würden die Problematik leugnen und erklären, dass alles in Ordnung ist. Das entspricht aber nicht der Realität. Ich bitte Sie, der Regierung zu folgen und der Erheblicherklärung zuzustimmen. Die teilweise Erheblicherklärung ist für uns nur die zweitbeste Lösung.

Fabian Stadelmann: Die Jagdbetriebsvorschriften sind weniger kompliziert, als es den Anschein macht: Die Reproduktion läuft über das weibliche Wesen und nicht über den Hirschstier. Auf drei weibliche Tiere darf ein Stier geschossen werden. Dadurch wird das Wild dezimiert.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Grundsätzlich besteht ein Zielkonflikt. Der Wald hat viele verschiedene Aufgaben und Funktionen. Wir haben auch von den verschiedenen Interessen gehört, jene der Eigentümer, aber auch die der Produzenten, hinter denen eine ganze Wertschöpfungskette mit der Bauindustrie usw. folgt. Die Jäger können das Wild erlegen und verwerten. Viele Menschen gehen zur Erholung oder für sportliche Aktivitäten in den Wald. Die Natur benötigt Platz für die Biodiversität. Jetzt kommt dieses System durch die Klimaveränderung und den erhöhten Druck aus den Siedlungen sowie durch Veränderungen in der Natur und bei den Tieren aus dem Gleichgewicht. Wir müssen zusammen ein neues Gleichgewicht finden. Das funktioniert nur, wenn sich alle Beteiligten und Interessenvertreter an einen Tisch setzen und das neue Gleichgewicht miteinander herstellen. Die Verjüngung des Waldes muss erfolgen, das ist eine Tatsache. Ich habe nach dem grossen Sturm das Aufforstungsprojekt in Escholzmatt besucht. Es ist wichtig, dass jene Baumarten gepflanzt werden, die in Zukunft aufgrund der veränderten Klimabedingungen überleben können. Es ist aber auch wichtig, dass die Tiere entsprechend Platz haben. Wir müssen diese Veränderungen zusammen angehen. Es nützt nichts, wenn man aufeinander schiesst, um in der Sprache der Jäger zu bleiben. Das Postulat kam zu einem Moment, als wir es nicht wegen Erfüllung ablehnen konnten, da der Prozess noch nicht abgeschlossen war. Deshalb haben wir die Erheblicherklärung beantragt. Eigentlich ist der Prozess aber bereits im Gang, denn es handelt sich um einen Auftrag aus dem Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik. Ich sehe keine überdimensionierten Lösungen. Ich kann auch Fabian Stadelmann beruhigen, denn ich sehe keine Berufsjäger in unseren Wäldern. Fritz Gerber hat aus der Jagdverordnung zitiert. Ich war schon oft auf der Jagd, nicht als Jäger, sondern als Treiber, aber ich habe noch nie einen Jäger gesehen, der am Stand beim Schuss zuerst die Verordnung hervorgeholt hat. Vielleicht braucht es aber bei den Vorschriften Erleichterungen, diesbezüglich bin ich offen dafür, das zu prüfen. Guido Roos hat einen Vergleich mit dem Strassenverkehr gezogen. Ich weiss nicht, ob es der Wille des Parlaments wäre, wenn wir so viele Polizisten in den Wäldern hätten wie auf den Strassen. Wir müssten die Polizei aufstocken oder einen Rangerdienst einführen. Ich bin nicht sicher, ob wir einen solchen Polizeistaat wollen. Es ist eine Tatsache: Auch auf den Strassen gibt es jeden Tag Leute, die zu schnell fahren. Trotzdem steht nicht an jeder Ecke ein Polizist oder ein Radarkasten. Das können und wollen wir nicht. So ist es eben auch im Wald. Es braucht eine verhältnismässige Umsetzung des Gesetzes. Ich appelliere an Sie, bei diesem Prozess aktiv und konstruktiv mitzuwirken und den Dialog zu pflegen. Fabian Stadelmann hat seine Bereitschaft signalisiert. Ich kenne viele Jägerinnen und Jäger, die bereit sind für einen Dialog. Das gilt auch für die Waldeigentümer. Ich bin überzeugt, dass wir zusammen gute Lösungen finden werden. Ich habe bemerkt, dass dieses Postulat die Gemüter sehr bewegt. Wir sollten nun im gemeinsamen Dialog diese Herausforderungen

lösen. Die Regierung beantragt die Erheblicherklärung, weil der Prozess bereits gestartet ist. Wir suchen vernünftige und verhältnismässige Lösungen, die von den Eigentümern und der Jägerschaft, aber auch von weiteren Involvierten breit getragen werden können.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 92 zu 10 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat mit 77 zu 28 Stimmen ab.